

Baker McKenzie Zurich (Hrsg.)

# Neue Finanzmarktarchitektur – Das Wichtigste aus FIDLEG und FINIG

*Unter Berücksichtigung der definitiven  
Verordnungstexte*



Stämpfli Verlag

Am 1. Januar 2020 traten das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) sowie die dazugehörigen Verordnungen über die Finanzdienstleistungen (FIDLEV) und die Finanzinstitute (FINIV) in Kraft. Diese beiden Gesetze bilden den Kern einer umfassenden Revision des schweizerischen Finanzmarktrechts.

Das FIDLEG legt die Anforderungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen fest, unter anderem durch aufsichtsrechtliche Verhaltensregeln und organisatorische Vorschriften. Unter gewissen Voraussetzungen müssen sich Kundenberaterinnen und Kundenberater im neu zu schaffenden Beraterregister registrieren lassen. Zudem führt das FIDLEG für Effekten, die öffentlich angeboten oder an einem Handelsplatz gehandelt werden, vereinheitlichte Prospektanforderungen ein. Damit verbunden ist auch die erstmalig eingeführte Prüfung des Prospektes durch eine Prüfstelle. Bei Angeboten von Finanzinstrumenten an Privatkundinnen und Privatkunden ist unter Umständen ein Basisinformationsblatt zu erstellen. Ausserdem wird von Finanzdienstleistern neu verlangt, dass sie sich einer Ombudsstelle anschliessen müssen.

Im FINIG werden neu die Bewilligungen für Finanzinstitute zusammengefasst. Als grösste Neuerung fallen mit dem FINIG neu Vermögensverwalter sowie Trustees unter die Bewilligungspflicht.

Das vorliegende Buch bietet einen Überblick über die wichtigsten Aspekte des FIDLEG und des FINIG, unter Berücksichtigung der im November 2019 veröffentlichten definitiven Verordnungstexte. Es wurde von Anwältinnen und Anwälten geschrieben, die im Finanzmarktrecht tätig sind, und richtet sich an Praktiker und all diejenigen, die einen raschen Einblick in das FIDLEG und das FINIG erhalten wollen.

---

BAKER MCKENZIE ZÜRICH  
(Hrsg.)

# **Neue Finanzmarktarchitektur – Das Wichtigste aus FIDLEG und FINIG**

*Unter Berücksichtigung der definitiven  
Verordnungstexte*



Stämpfli Verlag

---

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

#### Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2020  
[www.staempfliverlag.com](http://www.staempfliverlag.com)

E-Book ISBN 978-3-7272-1688-6

Über unsere Online-Buchhandlung [www.staempflishop.com](http://www.staempflishop.com)  
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-1687-9



---

## Vorwort

Am 1. Januar 2020 traten das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG) in Kraft. Zusammen mit dem bereits geltenden Finanzmarktaufsichtsgesetz und dem Finanzmarktinfrastukturgesetz bilden sie den Kern einer umfassenden Revision des schweizerischen Finanzmarktrechts. Auslöser für diese neue Gesetzgebungswelle waren unter anderem die Finanzmarktkrise und mehrere Finanzskandale, im Rahmen derer viele Anleger geschädigt wurden. Einer der Haupttreiber der neuen Finanzmarktgesetzgebung ist daher auch die Stärkung des Kundenschutzes. Ausserdem wandte man sich von einem institutsspezifischen Ansatz ab hin zu einem dienstleistungsorientierten Ansatz und einer sektorübergreifenden Regelung (*same business, same risks, same rules*). Darüber hinaus bestand die Absicht, die schweizerische Regulierung den internationalen Anforderungen anzupassen. Im Resultat wurden zwar viele Regelungen aus den alten Gesetzen mehr oder weniger unverändert in die neuen Gesetze überführt, aber es gibt doch einige beachtenswerte Neuerungen.

Das FIDLEG legt die Anforderungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen fest, unter anderem durch aufsichtsrechtliche Verhaltensregeln und organisatorische Vorschriften. Unter gewissen Voraussetzungen müssen sich Kundenberaterinnen und Kundenberater im neu zu schaffenden Beraterregister registrieren lassen. Zudem führt das FIDLEG für Effekten, die öffentlich angeboten oder an einem Handelsplatz gehandelt werden, vereinheitlichte Prospektanforderungen ein. Damit verbunden sind auch die erstmalig eingeführte Prüfung des Prospektes durch eine Prüfstelle und Vorschriften über die Veröffentlichung des Prospektes. Bei Angeboten von Finanzinstrumenten an Privatkundinnen und Privatkunden ist unter Umständen ein Basisinformationsblatt zu erstellen. Auch wird von Finanzdienstleistern verlangt, dass sie sich einer Ombudsstelle anschliessen müssen.

Im FINIG werden neu die Bewilligungen für Finanzinstitute zusammengefasst. Als grösste Neuerung fallen mit dem FINIG neu Vermögensverwalter sowie Trustees unter die Bewilligungspflicht.

Das vorliegende Buch soll einen Überblick über die wichtigsten Aspekte des FIDLEG, des FINIG und der damit zusammenhängenden Verordnungen, die Verordnung über die Finanzdienstleistungen (FIDLEV) und die Verordnung über die Finanzinstitute (FINIV) bieten. Das Buch wurde von Anwältinnen und Anwälten geschrieben, die im Finanzmarktrecht tätig sind. Es richtet sich daher an Praktiker und all diejenigen, die einen raschen Einblick in das FIDLEG und das FINIG erhalten wollen. Das Buch erhebt keinen wissenschaftlichen Anspruch, weshalb auch auf Fussnoten und Literaturverweise im Text bewusst

verzichtet wurde. Weiterführende Informationen sind aus dem Literatur- und dem Materialienverzeichnis ersichtlich.

Wir danken allen, die in irgendeiner Form zu diesem Buch beigetragen haben. Ein besonderer Dank gebührt dabei Marianne Müller, die als Projektkoordinatorin massgeblich zur Entstehung des vorliegenden Buches beitrug. Wir danken auch Estelle Mathis, Gentiana Imeri, Andrea Puricelli und Miriam Tiefenbacher, welche das Autorenteam bei der Redaktion der Beiträge und der Erstellung der Verzeichnisse tatkräftig unterstützten.

In dieser Auflage wurde der Beitrag § 5, II, C aktualisiert.

Zürich, März 2021

Die Autoren

---

## Autorenverzeichnis

MATTHIAS COURVOISIER  
Dr. iur., MSc in Finance,  
Rechtsanwalt  
*3. Kapitel, § 8*

CORINNE NACHT  
Rechtsanwältin  
*4. Kapitel, § 12 und § 13*

PHILIPINNE DALLA CORTE  
Rechtsanwältin, MBA  
*2. Kapitel, § 4, V (A–B)*

KASPAR PROJER  
Dr. iur., LL.M., Rechtsanwalt  
*6. Kapitel, § 16–18*

JOACHIM FRICK  
Prof. Dr. iur., Rechtsanwalt,  
LL.M./J.S.D.  
*2. Kapitel, § 6*

CHRISTIAN RIOULT  
Dr. iur., Rechtsanwalt  
*1. Kapitel, § 3; 2. Kapitel, § 4, V (C)*

MARCEL GIGER  
Dr. iur., M.C.J., Rechtsanwalt  
*1. Kapitel, § 1, § 2, II (A–E)*  
*2. Kapitel, § 4, I–II, § 5, I*  
*3. Kapitel, § 11*

JAN M. ROETHLISBERGER  
Rechtsanwalt, M.A. HSG in  
Accounting and Finance  
*2. Kapitel, § 4, III und § 5, II (A–B)*

CHRISTOPH KURTH  
Rechtsanwalt, LL.M.  
*6. Kapitel, § 16–18*

ANSGAR SCHOTT  
Dr. iur., LL.M. Rechtsanwalt  
*2. Kapitel, § 4, III und § 5, II (C)*

YVES MAUCHLE  
Dr. iur., Rechtsanwalt, M.A. HSG in  
Accounting and Finance  
*1. Kapitel, § 2, I, II (F–I)*  
*3. Kapitel, § 7*

PHILIP SPOERLÉ  
Dr. iur., Rechtsanwalt  
*3. Kapitel, § 9 und § 10*

PHILIPPE MONNIER  
Dr. iur., Rechtsanwalt  
*4. Kapitel, § 12 und § 13*

MARKUS WINKLER  
Dr. iur., Rechtsanwalt  
*5. Kapitel, § 14 und § 15*

MARIANNE MÜLLER  
Rechtsanwältin  
*2. Kapitel, § 4, IV*





---

# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Autorenverzeichnis.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Literaturverzeichnis.....	XXXV
Materialienverzeichnis.....	XLV
<b>1. Kapitel: Grundlagen.....</b>	<b>1</b>
§ 1 Entstehungsgeschichte und Zweck der neuen Finanzmarktarchitektur.....	1
§ 2 Anwendungsbereich, Abgrenzungen und Definitionen.....	10
§ 3 Kundensegmentierung.....	30
<b>2. Kapitel: Anforderungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen.....</b>	<b>39</b>
§ 4 Verhaltensregeln.....	39
§ 5 Organisationspflichten.....	77
§ 6 Stellung des Kundenberaters.....	82
<b>3. Kapitel: Anbieten von Finanzinstrumenten.....</b>	<b>97</b>
§ 7 Pflicht zur Erstellung eines Prospekts und Ausnahmen.....	97
§ 8 Inhaltliche Anforderungen an den Prospekt und Erleichterungen.....	113
§ 9 Prüfung des Prospekts und Veröffentlichung.....	130
§ 10 Basisinformationsblatt.....	146
§ 11 Werbung für Finanzinstrumente und Haftung.....	158
<b>4. Kapitel: Streitigkeiten mit Kunden.....</b>	<b>165</b>
§ 12 Herausgabe von Dokumenten.....	165
§ 13 Beschreiten des Klagewegs.....	175

<b>5. Kapitel: Aufsicht</b> .....	<b>189</b>
§ 14 Aufsicht über Finanzinstitute .....	189
§ 15 Aufsicht über Vermögensverwalter im Besonderen.....	205
<b>6. Kapitel: Strafbestimmungen</b> .....	<b>215</b>
§ 16 Überblick.....	215
§ 17 Strafbestimmungen im FIDLEG .....	221
§ 18 Weitere finanzmarktrechtliche Strafbestimmungen .....	236
<b>Sachregister</b> .....	<b>241</b>

---

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Autorenverzeichnis.....	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Literaturverzeichnis.....	XXXV
Materialienverzeichnis.....	XLV

## **1. Kapitel: Grundlagen.....1**

§ 1 Entstehungsgeschichte und Zweck der neuen Finanzmarktarchitektur....	1
I. Vom Säulenmodell zum Kleeblatt.....	1
II. Schwachstellen der bisherigen und Zweck der neuen Regeln.....	3
A. Identifizierte Schwachstellen der bisherigen Regelung.....	3
B. Zweck der neuen Regeln.....	3
1. FIDLEG.....	3
2. FINIG.....	5
III. Gesetzgebungsverfahren.....	6
IV. Überblick Übergangsfristen.....	6
A. FIDLEG.....	6
B. FINIG.....	8
§ 2 Anwendungsbereich, Abgrenzungen und Definitionen.....	10
I. Genereller Anwendungsbereich des FIDLEG.....	10
A. Personeller Anwendungsbereich: Horizontale Erfassung von Finanzdienstleistern, Kundenberatern sowie Erstellern und Anbietern von Finanzinstrumenten.....	10
1. Horizontaler Regulierungsansatz.....	10
2. Ausgenommene Personen.....	10
3. Kooperationspartner.....	11
B. Sachlicher Anwendungsbereich: Gewerbliches Angebot von Finanzdienstleistungen und -instrumenten an (End-)Kunden....	12
C. Örtlicher Anwendungsbereich und Reverse Solicitation.....	13
1. Binnen-, Inbound- und Outbound-Dienstleistungen.....	13
2. Reverse Solicitation.....	14
3. Geografische Abgrenzung des Angebots von Finanzinstrumenten in der Schweiz.....	17
II. Definitionen.....	17
A. Finanzinstrumente (Art. 3 Bst. a FIDLEG).....	18
B. Effekten (Art. 3 Bst. b FIDLEG).....	18

C.	Finanzdienstleistung (Art. 3 Bst. c FIDLEG).....	19
1.	Erwerb oder Veräusserung von Finanzinstrumenten (Art. 3 Bst. c Ziff. 1 FIDLEG) .....	19
2.	Annahme und Übermittlung von Aufträgen (Art. 3 Bst. c. Ziff. 2 FIDLEG) .....	20
3.	Vermögensverwaltung (Art. 3 Bst. c. Ziff. 3 FIDLEG).....	20
4.	Anlageberatung (Art. 3 Bst. c. Ziff. 4 FIDLEG).....	20
5.	Kreditgewährung für die Durchführung von Geschäften mit Finanzinstrumenten (Art. 3 Bst. c. Ziff. 5 FIDLEG) .....	21
6.	Nicht abschliessender Negativkatalog (Art. 3 Abs. 3 FIDLEV) .....	21
D.	Finanzdienstleister (Art. 3 Bst. d FIDLEG) .....	22
1.	Erfasste Marktteilnehmer .....	23
2.	Gewerbmässigkeit .....	23
3.	Ausnahme für gruppeninterne Finanzdienstleister.....	23
E.	Kundenberater (Art. 3 Bst. e FIDLEG) .....	24
F.	Emittenten .....	24
G.	Angebot .....	24
H.	Öffentliches Angebot .....	26
I.	Ersteller .....	28
§ 3	Kundensegmentierung .....	30
I.	Grundlagen .....	30
A.	Bisherige Rechtslage .....	30
B.	Europarechtliche Grundlagen.....	31
II.	Privatkunden.....	31
III.	Professionelle Kunden .....	31
A.	Begriff der professionellen Kunden .....	31
B.	Bedeutung der Kategorie.....	32
C.	Einzelne Kategorien der professionellen Kunden .....	32
1.	Finanzintermediäre .....	32
2.	Versicherungsunternehmen.....	33
3.	Ausländische Kunden unter prudenzieller Aufsicht.....	33
4.	Zentralbanken .....	33
5.	Öffentlich-rechtliche Körperschaften mit professioneller Tresorerie .....	34
6.	Vorsorgeeinrichtungen und andere ähnliche Einrichtungen mit professioneller Tresorerie.....	34
7.	Unternehmen mit professioneller Tresorerie .....	34
8.	Grosse Unternehmen.....	35
9.	Für vermögende Privatkunden errichtete private Anlagestrukturen mit professioneller Tresorerie .....	35

IV. Institutionelle Kunden .....	35
A. Begriff des institutionellen Kunden.....	35
B. Bedeutung der Kategorie.....	36
V. Opting-out und Opting-in .....	36
A. Grundlagen.....	36
B. Übersicht über Optimierungsmöglichkeiten.....	37
1. Privatkunden .....	37
2. Professionelle Kunden .....	38
3. Institutionelle Kunden.....	38
<b>2. Kapitel: Anforderungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen.....</b>	<b>39</b>
§ 4 Verhaltensregeln .....	39
I. Grundsatz.....	39
A. Überblick und Geltungsbereich.....	39
B. Aufsichtsrechtliche Natur der Pflichten .....	40
C. Zivilrechtliche Pflichten .....	40
II. Informationspflicht .....	40
A. Allgemeine Informationen .....	41
1. Name und Adresse .....	41
2. Tätigkeitsfeld und Aufsichtsstatus .....	41
3. Möglichkeit zur Einleitung von Vermittlungsverfahren vor einer anerkannten Ombudsstelle.....	42
4. Allgemeine mit Finanzinstrumenten verbundene Risiken ....	42
B. Zusätzliche spezielle Informationen.....	42
1. Die persönlich empfohlene Finanzdienstleistung und deren Risiken (Art. 8 Abs. 2 Bst. a FIDLEG).....	42
2. Kosten der persönlich empfohlenen Finanzdienstleistung (Art. 8 Abs. 2 Bst. a FIDLEG).....	43
3. Wirtschaftliche Bindungen (Art. 8 Abs. 2 Bst. b FIDLEG).....	44
4. Berücksichtigtes Marktangebot (Art. 8 Abs. 2 Bst. c FIDLEG).....	45
5. Werbung (Art 8 Abs. 6 FIDLEG) .....	45
C. Zeitpunkt und Form der Informationen.....	46
1. Zeitpunkt.....	46
2. Form.....	47
III. Angemessenheit und Eignung von Finanzdienstleistungen.....	48
A. Entwicklung und Hintergrund .....	48
B. Suitability and Appropriateness-Konzept.....	49
C. Angemessenheit und Eignung von Finanzdienstleistungen nach FIDLEG .....	50
1. Regelungsansatz des FIDLEG und Überblick .....	50

2.	Angemessenheitsprüfung .....	53
a)	Anlageberatung.....	53
b)	Abgrenzung portfolibezogener und transaktionsbezogener Anlageberatung .....	53
c)	Abstufung und Prüfpflichten .....	54
3.	Die Eignungsprüfung .....	55
a)	Benötigte Informationen.....	56
b)	Abstufung und Prüfpflichten .....	57
4.	Ausnahme von der Pflicht zur Angemessenheits- und Eignungsprüfung.....	58
a)	Execution-Only- und Reverse-Solicitation-Geschäfte.....	58
b)	Professionelle Kunden.....	58
5.	Nicht beurteilbare oder fehlende Angemessenheit oder Eignung .....	59
IV.	Dokumentation und Rechenschaft .....	60
A.	Bislang gültige Regelung .....	60
B.	Regelung des FIDLEG .....	62
1.	Dokumentationspflichten nach Art. 15 FIDLEG .....	62
2.	Rechenschafts- und Herausgabepflichten nach Art. 16 FIDLEG .....	63
C.	Fazit und Vergleich mit europäischer Regelung .....	64
V.	Sorgfalts- und Treuepflichten .....	65
A.	Bearbeitung von Kundenaufträgen.....	65
B.	Bestmögliche Ausführung von Kundenaufträgen ( <i>Best Execution</i> ).....	66
C.	Verwendung von Finanzinstrumenten.....	68
D.	Interessenkonflikte .....	69
1.	Grundsatz und organisatorische Vorkehrungen .....	69
a)	Der Begriff des Interessenkonflikts .....	69
b)	Europarechtliche Grundlagen .....	69
c)	Organisatorische Vorkehrungen .....	70
aa)	Kaskadenregelung .....	70
bb)	Interessenkonflikte bei Finanzdienstleistungen und unzulässige Verhaltensweisen.....	70
cc)	Katalog von organisatorischen Vorkehrungen.....	71
dd)	Offenlegung und Dokumentation.....	72
2.	Entschädigungen durch Dritte.....	73
a)	Grundsatz und Rechtsprechung des Bundesgerichts .....	73
aa)	Grundsatz und Rechtsnatur .....	73
bb)	Rechtsprechung des Bundesgerichts .....	74
b)	Begriff der Entschädigung.....	74
c)	Verzicht auf Entschädigung.....	75
3.	Mitarbeitergeschäfte .....	75

§ 5	Organisationspflichten .....	77
I.	Generelle Organisationspflichten .....	77
II.	Beizug Dritter .....	77
A.	Vorbemerkungen zu Art. 23 und 24 FIDLEG .....	77
B.	Beizug Dritter nach Art. 23 FIDLEG .....	78
C.	Dienstleisterkette nach Art. 24 FIDLEG .....	79
1.	Regelungsinhalt.....	79
2.	Auftraggebender und beauftragter Finanzdienstleister .....	79
3.	Erfasste Verhaltenspflichten .....	80
4.	Pflichtverletzung durch Auftraggeber.....	81
§ 6	Stellung des Kundenberaters.....	82
I.	Kundenberater als Mitarbeiter oder Selbstständiger.....	82
A.	Zweck der Regelung.....	82
B.	Begriff des Kundenberaters.....	84
C.	Sachlicher Geltungsbereich.....	84
D.	Persönlicher Geltungsbereich.....	85
E.	Umfang der Registrierungspflicht .....	86
II.	Grenzüberschreitende Tätigkeit / Ausländische Kundenberater.....	87
III.	Die Pflichten der Kundenberater .....	89
A.	Vorbemerkungen.....	89
B.	Verhaltenspflichten der Kundenberater.....	90
C.	Organisationspflichten.....	91
IV.	Registrierungsvoraussetzungen .....	91
A.	Kenntnisse über die Verhaltensregeln nach FIDLEG sowie notwendiges Fachwissen (Art. 29 Abs. 1 Bst. a FIDLEG).....	91
B.	Berufshaftpflichtversicherung oder gleichwertige finanzielle Sicherheiten .....	92
C.	Anschluss an eine Ombudsstelle .....	93
D.	Keine strafrechtliche Verurteilung, kein Tätigkeits- oder Berufsverbot.....	93
V.	Zuständigkeit .....	94
VI.	Meldepflicht bei relevanten Änderungen; Sanktionen.....	94
<b>3. Kapitel:</b>	<b>Anbieten von Finanzinstrumenten.....</b>	<b>97</b>
§ 7	Pflicht zur Erstellung eines Prospekts und Ausnahmen.....	97
I.	Prospektpflicht bei öffentlichem Angebot und Handelszulassung von Effekten in der Schweiz.....	97
II.	Der Begriff des Prospekts.....	99
III.	Ausnahmen von der Prospektpflicht.....	100
A.	Ausnahmen nach Art des öffentlichen Angebots .....	100
1.	Angebot ausschliesslich an qualifizierte Anleger .....	101
2.	Angebot an weniger als 500 Anleger .....	102

3.	Angebot von Effekten im Wert von mindestens CHF 100'000 pro Anleger .....	103
4.	Angebot von Effekten mit einer Mindeststückelung von CHF 100'000 .....	103
5.	Angebot mit Gegenwert von weniger als CHF 8 Mio. über 12 Monate .....	104
6.	Prospektpflicht für sukzessive öffentliche Angebote.....	104
B.	Ausnahmen nach Art der öffentlich angebotenen Effekten.....	105
1.	Beteiligungspapiere, die ausserhalb einer Kapitalerhöhung im Tausch gegen Papiere derselben Gattung ausgegeben werden .....	105
2.	Beteiligungspapiere, die bei der Umwandlung oder bei der Ausübung von Erwerbsrechten ausgegeben werden.....	106
3.	Effekten, die anlässlich einer Übernahme zum Tausch angeboten werden .....	107
4.	Effekten, die anlässlich einer Umstrukturierung zum Tausch angeboten werden.....	108
5.	Gratisaktien .....	108
6.	Mitarbeiteraktien .....	109
7.	Weitere Ausnahmen nach Art der Effekten .....	109
C.	Ausnahmen für die Zulassung zum Handel.....	110
1.	Die sinngemässe Anwendung der Ausnahmen nach Art. 36 f. FIDLEG.....	110
2.	20-Prozent-Ausnahme.....	111
3.	An Schweizer Handelsplätzen zugelassene Effekten.....	112
4.	An ausländischen Handelsplätzen zugelassene Effekten .....	112
§ 8	Inhaltliche Anforderungen an den Prospekt und Erleichterungen .....	113
I.	Kernanforderungen an den Inhalt des Prospekts .....	113
A.	Prospekte für Beteiligungspapiere.....	114
B.	Prospekte für Forderungsrechte.....	121
C.	Prospekte für Derivate.....	122
II.	Ausnahmen und Erleichterungen.....	123
III.	Formales bei der Erarbeitung des Prospekts .....	125
IV.	Mehrteiliger Prospekt und Basisprospekt .....	126
V.	Prospekt für kollektive Kapitalanlagen.....	127
VI.	Verfassen des Prospektes, Due Diligence, Opinions und Comfort Letter .....	128
§ 9	Prüfung des Prospekts und Veröffentlichung.....	130
I.	Prospektprüfung.....	130
A.	Prüfstelle.....	130
B.	Grundsatz der ex ante Prüfung und Ausnahmen .....	131
1.	Vorgängige Prospektprüfung als Grundsatz .....	131



2. Ausnahmen von der vorgängigen Prospektprüfung .....	132
3. Generelle Ausnahme von der Prüfpflicht.....	134
4. Hinterlegung .....	134
C. Inhalt der Prüfung.....	135
1. Vollständigkeit.....	135
2. Kohärenz.....	136
3. Verständlichkeit .....	136
D. Prüfverfahren.....	136
E. Ausländische Prospekte.....	137
1. Im Einzelfall genehmigte ausländische Prospekte .....	138
2. Automatisch genehmigte ausländische Prospekte.....	138
II. Gültigkeit des Prospekts und Nachträge .....	139
A. Gültigkeit des Prospekts .....	139
B. Nachträge .....	140
1. Pflicht zur Erstellung und Publikation .....	140
2. Prüfung und Genehmigung des Nachtrags durch die Prüfstelle .....	141
3. Verlängerung der Angebotsfrist.....	142
III. Veröffentlichung.....	143
A. Zeitpunkt der Veröffentlichung .....	143
B. Form der Veröffentlichung.....	143
C. Änderungen von mit den Effekten verbundenen Rechten.....	144
§ 10 Basisinformationsblatt .....	146
I. Pflicht zur Erstellung und Ausnahmen .....	147
A. Allgemeines.....	147
1. Pflicht zur Erstellung eines Basisinformationsblatts.....	147
2. Person des Erstellers und Delegationsmöglichkeit .....	148
B. Ausnahmen.....	149
1. Ausnahmen nach der Art der Effekten.....	149
2. Ausnahmen nach der Art des Angebots .....	150
3. Sonderfall: Vermögensverwaltungsvertrag.....	151
C. Substitutionsmöglichkeit .....	151
II. Inhalt und weitere Anforderungen .....	152
A. Inhalt des Basisinformationsblatts.....	152
B. Weitere Anforderungen an das Basisinformationsblatt .....	153
1. Sprache.....	153
2. Umfang und Gestaltung .....	153
C. Überprüfung und Anpassung.....	154
III. Veröffentlichung und Bereitstellung .....	155
A. Veröffentlichung .....	155
B. Bereitstellung am Point of Sale .....	155
IV. Übergangsbestimmungen .....	156

§ 11 Werbung für Finanzinstrumente und Haftung .....	158
I. Werbung für Finanzinstrumente .....	158
A. Begriff der Werbung .....	158
B. Umgang mit Werbung .....	159
1. Erkennbarkeit .....	159
2. Hinweis auf Prospekt und Basisinformationsblatt .....	159
3. Übereinstimmung mit Angaben im Prospekt und Basis- informationsblatt .....	160
II. Haftung .....	160
A. Ersatz der bisherigen Haftungsnormen des OR .....	160
B. Wesentliche Neuerungen .....	161
1. Prospekt, Basisinformationsblatt und ähnliche Mitteilung ....	161
2. Unrichtige, irreführende oder den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechende Angaben .....	161
3. Blosses Verbreiten in Abs. 1 nicht mehr erfasst .....	161
4. Fehlen der erforderlichen Sorgfalt .....	162
5. Einschränkung der Haftung für die Zusammenfassung .....	162
6. Einschränkung der Haftung bei Angaben über wesentliche Perspektiven .....	162
<b>4. Kapitel: Streitigkeiten mit Kunden .....</b>	<b>165</b>
§ 12 Herausgabe von Dokumenten .....	165
I. Zugang der Kunden zu relevanten Informationen der Geschäftsbeziehung .....	165
II. Herausgabeansprüche der Kunden nach bisherigem Recht .....	166
A. Auftragsrechtlicher Anspruch auf Rechenschafts- ablegung ....	166
B. Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch .....	168
C. Prozessrechtliche Informationsbeschaffung .....	169
III. Herausgabeanspruch nach FIDLEG .....	170
A. Inhalt des Anspruchs .....	170
B. Verfahren zur Durchsetzung des Herausgabeanspruchs .....	173
§ 13 Beschreiten des Klagewegs .....	175
I. Einleitung .....	175
II. Vermittlungsverfahren vor der Ombudsstelle .....	175
A. Einleitung .....	175
B. Vermittlungsverfahren .....	176
C. Pflichten der Finanzdienstleister und Finanzinstitute .....	179
D. Aufnahme und Ausschluss der Finanzdienstleister und Finanzinstitute .....	181
E. Anerkennung der Ombudsstellen .....	182
F. Fazit .....	182

III. Zivilverfahren .....	183
A. Einleitung .....	183
B. Schlichtungsverfahren .....	184
C. Entscheidungsverfahren .....	187
<b>5. Kapitel: Aufsicht.....</b>	<b>189</b>
§ 14 Aufsicht über Finanzinstitute .....	189
I. Grundzüge des Finanzmarktaufsichtsrechts .....	189
A. Begriff und Einordnung.....	189
B. Historischer Überblick (Schweiz) .....	192
C. Organisation und Handlungsformen.....	194
D. Verfahren.....	198
E. Exkurs: Selbstregulierung .....	201
II. Neuerungen des FINIG.....	202
§ 15 Aufsicht über Vermögensverwalter im Besonderen .....	205
I. Vermögensverwalter.....	205
A. Kurzüberblick zu den drei Typen von Vermögensverwaltern...205	
B. Typische Aufgaben eines Vermögensverwalters .....	207
II. Aufsicht über die Vermögensverwalter .....	208
A. Übersicht .....	208
B. Aufsichtsorganisationen .....	209
1. Zum Begriff .....	209
2. Gründung und Organisation.....	210
3. Aufgaben.....	212
<b>6. Kapitel: Strafbestimmungen.....</b>	<b>215</b>
§ 16 Überblick.....	215
I. Grundlagen des Finanzmarktstrafrechts .....	215
II. Durchsetzung von finanzmarktrechtlichen Vorschriften .....	216
A. Einleitende Bemerkungen .....	216
B. Finanzmarktenforcement.....	217
C. Strafrechtliches Enforcement .....	218
1. Zuständigkeit.....	218
2. Täter, Teilnahme und Verfahren .....	218
3. Rechtsmittel .....	220
§ 17 Strafbestimmungen im FIDLEG.....	221
I. Vorbemerkungen .....	221
A. Normzweck .....	221
B. Entstehungsgeschichte.....	221
1. Allgemeine Bemerkungen.....	221
2. Begrenzung der Tatbegehungsmöglichkeiten .....	222
3. Reduktion der Strafandrohung, mit Ausnahme.....	222

4. Eingrenzung der Straftatbestände .....	223
5. Einführung der weitreichenden Ausnahmebestimmung in Art. 92 FIDLEG .....	223
C. Anwendungsbereich .....	224
1. Beaufsichtigte und ihre Hilfspersonen sind ausgenommen ...	224
2. Nichtbeaufsichtigte sind erfasst .....	225
D. Relevanz in der Praxis .....	226
E. Änderung der übrigen Finanzmarktgesetzgebung .....	227
II. Die Bestimmungen im Einzelnen .....	227
A. Art. 89 FIDLEG .....	227
1. Allgemeine Bemerkungen.....	227
2. Objektiver Tatbestand.....	228
3. Subjektiver Tatbestand.....	230
B. Art. 90 FIDLEG .....	230
1. Allgemeine Bemerkungen.....	230
2. Objektiver Tatbestand.....	231
3. Subjektiver Tatbestand.....	232
C. Art. 91 FIDLEG .....	232
1. Allgemeine Bemerkungen.....	232
2. Objektiver Tatbestand.....	234
3. Subjektiver Tatbestand.....	235
§ 18 Weitere finanzmarktrechtliche Strafbestimmungen.....	236
I. Strafbestimmungen im FINIG .....	236
II. Übersicht über die weitere Finanzmarktgesetzgebung .....	237
<b>Sachregister .....</b>	<b>241</b>

---

## Abkürzungsverzeichnis

A.	Auflage
a.E.	am Ende
a.M.	anderer Meinung
Abk.	Abkommen
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/Europäischen Union
Abs.	Absatz
ABV-FINMA	Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht vom 21. Oktober 1996 über die ausländischen Banken in der Schweiz (Auslandbankenverordnung-FINMA, SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz über die Anlagefonds vom 18. März 1994 (Anlagefondsgesetz; SR 951.31), (nicht mehr in Kraft)
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Lachen)
aKAG	Kollektivanlagengesetz vor Inkrafttreten der Änderungen des Kollektivanlagengesetzes am 1. Januar 2020
al.	alinea
amtl.	amtlich
AmtlBull NR	Amtliches Bulletin des Nationalrates
AmtlBull SR	Amtliches Bulletin des Ständerates
AmtlBull	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung (bis 1966: StenBull; Bern)
Anm.	Anmerkung
aOR	Obligationenrecht vor Inkrafttreten der Änderungen des Obligationenrechts am 1. Januar 2020
AOV	Verordnung über die Aufsichtsorganisation in der Finanzmarktaufsicht vom 6. November 2019 (Aufsichtsorganisationsverordnung; SR 956.134)
Art.	Artikel

AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
ASA	Archiv für schweizerisches Abgaberecht (Bern)
ASR	Abhandlungen zum schweizerischen Recht (Bern)
AT	Allgemeiner Teil
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (SR 830.1)
AVO	Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen vom 9. November 2005 (Aufsichtsverordnung; SR 961.011)
BankG	Bundesgesetz über Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (Bankengesetz; SR 952.0)
BankV	Verordnung über die Banken und Sparkassen vom 30. April 2014 (Bankenverordnung; SR 952.02)
BB	Bundesbeschluss
BBl.	Bundesblatt
Bd./Bde.	Band/Bände
BEG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 über Bucheffekten (Bucheffektengesetz; SR 957.1)
BEHG	Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel vom 24. März 1995 (Börsengesetz; SR 954.1), nicht mehr in Kraft
BEHV	Verordnung vom 2. Dezember 1996 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsenverordnung; SR 954.11) (nicht mehr in Kraft)
BE-Komm.	Berner Kommentar
BG	Bundesgesetz
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts
BGer	schweizerisches Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz; SR 173.110)
BIB	Basisinformationsblatt
BIV-FINMA	Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht vom 30. August 2012 über die Insolvenz von Banken und Effekthändler (Bankeninsolvenzverordnung-FINMA; SR 952.05)

---

BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Basel)
BISchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs (Wädenswil)
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BS-Komm.	Basler Kommentar
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
Bst.	Buchstabe
BT	Besonderer Teil
Bull.	Bulletin
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Bundesverfassung; SR 101)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 15. Juni 1982 (SR 831.40)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984 (SR 831.441.1)
bzgl.	bezüglich
BZP	Bundesgesetz über den Bundeszivilprozess vom 4. Dezember 1947 (SR 273)
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CHF	Schweizer Franken
CPMI	Committee on Payments and Market Infrastructures
CRD IV	Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338
CS	Credit Suisse

Delegierte-VO Delegierte Verordnung (EU) 2019/980 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufmachung, des Inhalts, der Prüfung und der Billigung des Prospekts, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission

d.h. das heisst

ders. derselbe

dies. dieselbe

Diss. Dissertation

DSG Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (SR 235.1)

DUFI Direkt unterstellte Finanzintermediäre

E. Erwägung

E-FIDLEG Entwurf des FIDLEG vom November 2015

EB Erläuternder Bericht

ebd. ebenda

EBK Eidgenössische Bankenkommission

EFD Eidgenössisches Finanzdepartement

EG Europäische Gemeinschaften

EHRA Eidgenössisches Amt für das Handelsregister

eidg. eidgenössisch/eidgenössische/eidgenössicher/eidgenössisches

einschl. einschliesslich

EIZ Europa Institut an der Universität Zürich

EJPD Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

EMKG Bundesgesetz über die Kontrolle des Verkehrs mit Edelmetallen und Edelmetallwaren vom 20. Juni 1933 (Edelmetallkontrollgesetz; SR 941.31)

EMRK Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 28. November 1974 (SR 0.101)



---

engl.	Englisch
ERV	Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung der Banken und Wertpapierhäuser vom 1. Juni 2012 (Eigenmittelverordnung; SR 952.03)
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
et al.	et alii/aliae/alia
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuGVVO	Europäische Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22. Dezember 2000 (Verordnung (EG) Nr. 44/2001 [Brüssel I]; aufgehoben und ersetzt per 10. Januar 2015 durch VO (EU) Nr. 1215/2012)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
f./ff.	folgende, fortfolgende
FCA	Financial Conduct Authority
FED	Federal Reserve System
FIDLEG	Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen vom 15. Juni 2018 (Finanzdienstleistungsgesetz; SR 950.1)
FIDLEV	Verordnung über die Finanzdienstleistungen vom 6. November 2019 (Finanzdienstleistungsverordnung; SR 950.11)
FinfraG	Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel vom 19. Juni 2015 (Finanzmarktinfrastrukturgesetz; SR 958.1)

FinfraV	Verordnung über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel vom 25. November 2015 (Finanzmarktinfrastrukturverordnung; SR 958.11)
FinfraV-FINMA	Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel vom 3. Dezember 2015 (Finanzmarktinfrastrukturverordnung-FINMA; SR 958.111)
FINIG	Bundesgesetz über die Finanzinstitute vom 15. Juni 2018 (Finanzinstitutsgesetz; SR 954.1)
FINIV	Verordnung über die Finanzinstitute vom 6. November 2019 (Finanzinstitutsverordnung; SR 954.11)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FINMAG	Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht vom 22. Juni 2007 (Finanzmarktaufsichtsgesetz; SR 956.1)
FINMA-RS	Rundschreiben der FINMA
FINRA	Financial Industry Regulatory Authority
Fn.	Fussnote
FSB	Financial Stability Board
FusG	Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung vom 3. Oktober 2003 (Fusionsgesetz; SR 221.301)
GAFI	Groupe d'action financière
gem.	gemäss
ggf.	gegebenenfalls
gl.M.	gleicher Meinung
GwG	Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung vom 10. Oktober 1997 (Geldwäschereigesetz; SR 955.0)
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HGer	Handelsgericht

---

HRegV	Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (SR 221.411)
Hrsg.	Herausgeber
HSG	Universität St. Gallen
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IAS	International Accounting Standards (herausgegeben vom International Accounting Standards Committee)
IHK	Internationale Handelskammer
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IOSCO	International Organization of Securities Commissions
IPO	Initial Public Offering
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR 291)
ISIN	International Securities Identification Number
JAR	Jahrbuch des Schweizerischen Arbeitsrechts (Bern)
JdT	Journal des Tribunaux (Lausanne)
Jh.	Jahrhundert
KAG	Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 (Kollektivanlagengesetz; SR 951.31)
kant.	kantonal/kantonale/kantonaler/kantonales
KG	Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen vom 6. Oktober 1995 (Kartellgesetz; SR 251)
KGer	Kantonsgericht
KID	Key Information Document
KIID	Key Investor Information Document
KKG	Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (SR 221.214.1)
KKV	Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen vom 22. November 2006 (Kollektivanlagenverordnung; SR 951.311)

KMU	Kleine(s) und mittlere(s) Unternehmen
Komm.	Kommentar
KR	Kotierungsreglement der SIX Swiss Exchange vom 8. November 2019
KS	Kreisschreiben
lit.	litera
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007 (Lugano-Übereinkommen; SR 0.275.12)
m.E.	meines Erachtens
m.H.a.	mit Hinweisen auf
MD&A	Management's Discussion and Analysis of Financial Condition and Results of Operation
Mia.	Milliarde(n)
MiFID I	Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates, ABl. L 145 vom 30.4.2004, S. 1; zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/65/EU, ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349
MiFID II	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU vom 12. Juni 2014, ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349S.349; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 909/2014, ABl. L 257 vom 28. August, S. 1 (Markets in Financial Instruments Directive II)
MIFIR	Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012
Mio.	Million
MWSTG	Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer vom 12. Juni 2009 (Mehrwertsteuergesetz; SR 641.20)

---

N	Note(n)
NCWOT	No Creditor Worse Off Test
NR	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
o.Ä	oder Ähnliches
OAK	Oberaufsichtskommission über die Anlagestiftungen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OGAW	Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW), ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 32; zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/91/EU, ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 186
OGE	Obergerichtsentscheid
OGer	Obergericht
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (Obligationenrecht; SR 220)
Para.	Paragraph
PFMI	Principles for Financial Market Infrastructures
plädoyer	Magazin für Recht und Politik (Zürich)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts (Basel)
PRIIP	Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP), ABl. L 352 vom 9.12.2014, S. 1
Prospekt-VO	Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG, ABl. 2017 L 168, 12.

ProspRL	Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG, ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 64; zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/51/EU, ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1
RAG	Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren vom 16. Dezember 2005 (Revisionsaufsichtsgesetz; SR 221.302)
RAV	Verordnung über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren vom 22. August 2007 (SR 221.302.3)
RDAF	Revue de droit administratif et de droit fiscal (Lausanne)
recht	Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis (Bern)
REPRAX	Zeitschrift zur Handelsregisterpraxis (Zürich)
resp.	respektive
RFA	Regulierungsfolgenabschätzung
RL	Richtlinie
RLAhP	Richtlinie Ad hoc-Publizität der SIX Swiss Exchange vom 20. März 2018
Rn.	Randnote
Rs	Rundschreiben
Rsp.	Rechtsprechung
RVOG	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21. März 1997 (SR 172.010)
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
SBVg	Schweizerische Bankiervereinigung
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1)
SchlT	Schlusstitel

XXX